

Herr Knülle verwies auf eine Anregung durch den Kinderschutzbund Sankt Augustin, der ihn gebeten hatte mal darüber nachzudenken, ob man nicht mal zum Thema Familienfreundliche Stadtplanung einen Gast von der Stadt Aachen (Herrn Zohren) einladen könnte. Dieser Anregung sei man gerne nachgekommen und man freue sich das Herr Zohren uns mal die Augen öffne und zeigt wie man in Aachen das Thema "Familienfreundliche Stadtplanung" umsetzt. Man erwarte einiges an Anregungen für unsere Stadtplanung und freue sich auf evtl. andere/neue Erkenntnisse.

Anschl. bedankte man sich bei Herrn Zohren und übergab ihm das Wort für den Vortrag.

Herr Zohren hielt einen Vortrag zum Thema "Familienfreundliche Stadtplanung" mittels Power-Point-Präsentation. (Präsentation im Anhang)

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich für den Vortrag und gab das Thema zur Diskussion frei.

Herr Züll von der FDP-Fraktion bedankte sich für den Vortrag und merkte an, dass Aachen eine spannende Stadt sei und man auch erstmal drauf kommen müsse, Spielflächen auf dem Dach zu planen. Wenn man dafür die nötige Fläche hat, würde man bestimmt mit ziemlicher Sicherheit auch bei Investoren/Bauträgern offene Türen einlaufen, weil man mit Grund und Boden sparsam umgehen solle. Es sei sehr gut, dass man es in Aachen umsetzen würde, dass man Bauleitplanung nur dort macht, wo man in einem erheblichen Maße als Stadt auch Grundstückseigentümer ist. Dies kenne man hier in der Region fast nur bei Gewerbegebieten aber bei Wohnbauland sei es eigentlich in NRW bisweilen verpönt. Dort hieße es dann man würde abgezockt oder erpresst und da gäbe es manchmal ganz üble Dinge. Das dies in Aachen gelungen sei freue ihn und er finde es gut. Dies sei nachahmenswert. Keine reinen Wohngebiete mehr, die Auflösung der Charta von Athen, die kurze Wege die genannt worden sind müssen kommen und wenn dann der Bund endlich in die Puschen kommt und eine Harmonisierung der verschiedensten Lärmschutzregelungen hinbekommen würde, dann wird man evtl. auch mal erreichen können das Kinderlebensäußerungen kein Lärm sind und man diese unter ganz anderen lärmtechnischen Bedingungen betrachtet. Die öffentliche Förderung sei auch sehr gut. Es handelt sich ja nicht um irgendwelche Gefahrenplätze wo sich irgendwelche Asozialen tummeln würden, sondern bei ca. 56.000 Studierenden mit Wohnberechtigungsschein in Aachen, würde man eben auch ein Element für einen Großteil der Bevölkerung setzen. Dies sei eine gute Sache.

Herr Zohren ergänzte, dass von den Studenten ca. 6 % noch während der Studiums eine Familie gründen würden.

Herr Dr. Pageler von der CDU-Fraktion hatte eine Nachfrage zu den Spielplätzen auf den Dächern. Man müsse ja irgendwie rauf aufs Dach. Er wollte wissen, wie es z.B. in einer Wohnsiedlung geregelt sei, dass jedes Kind Zugang habe, da es ja sicherlich mehrere Häuser betreffen würde.

Herr Zohren macht am Beispiel eines 47 Parteienhauses verständlich, dass die Parteien die in dem Haus wohnen würden einen Schlüssel bekommen und man durch das gemeinsame Treppenhaus Zugang zum Dach bekäme. Nur die, die in dem Haus auch

wohnen würden, hätten einen Schlüssel.

Herr Nettesheim für die SPD-Fraktion bedankte sich für die Informationen und stellte fest, dass es wirklich tolle Ideen seien die in Aachen umgesetzt wurden und man solle einfach viele Ideen mit aufnehmen und schauen welche Dinge sich auch in Sankt Augustin verwirklichen lassen könnten.

Herr Frau Friedhofen vom Kinderschutzbund merkte an, dass ihr etwas ganz wichtiges fehlen würde. Nämlich die Kommunikation innerhalb der Ämter, die Beteiligung der Schulen, der Eltern und der Kitas. Evtl. könne Herr Zohren dazu noch Informationen geben. Spannend und hilfreich sei auch "Wege ersparend" und "Transparenz herstellen"

Herr Zohren erklärte, dass das Thema Familienfreundlichkeit 1990 in Aachen angekommen sei. Aufgrund des damaligen neuen Kinder und Jugendhilfegesetzes (§ 1 Abs. 3 Satz 4 ) der Jugendhilfe, bei dem der Einmischungsauftrag in andere Politikfelder zugeschrieben wurde. Dort stehe drin, dass die Jugendhilfe einen Beitrag dazu leisten soll, sich für eine Kinder- und Familienfreundliche Umwelt einzusetzen, diese zu erhalten oder zu schaffen. Dies sei der Einmischungsauftrag der Jugendhilfe in alle möglichen Politikfelder die damit zu tun haben. Zu dem Zeitpunkt habe man angefangen, den Umgang und die Beteiligungsformen zu entwickeln. Man sei in die Kinder- und Jugendeinrichtungen gegangen und habe den Eltern und Jugendlichen erklärt worum es genau geht bzw. was verwirklicht werden soll und man habe auf die Möglichkeiten sich einzubringen aufmerksam gemacht. Man habe gemeinsame Stadtspaziergänge gemacht um festzustellen, wo man sich aufhält, wo gespielt würde usw. und man hätte dies Erkenntnisse in die Gesamtplanung mit einbezogen und berücksichtigt. Das vom Planer, aus diesen zusammengetragenen Informationen gemachte Gesamtkonzept wurde den Einrichtungen/den Eltern vor dem Ratsbeschluss vorgestellt. Dieses Verfahren wird weiterhin angewendet. Anfangs habe man es durchaus als störend und behindernd empfunden aber dies sei nicht so. Es stelle vielmehr eine Bereicherung dar, weil die Sache anschl. so gemacht würde, wie sie auch gebraucht werde. Man hätte anschl. keinen Stress mit den Anwohnern und erreiche eine größere Zufriedenheit weil man durchaus spüren würde, dass man genau das gemacht habe, was gewollt war.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankte sich für den Vortrag und merkte an, dass man gerade die Idee dieses Checks sympathisch finden würde. Man habe gerade bei der Bauleitplanung ganz viele Dinge, die man einhalten müsse. Da seien Rechtsvorschriften aus dem Baugesetz, aus dem Naturschutzgesetz bis hin zur Entwässerung, Verkehrsgutachten usw. und überall wird peinlichst genau drauf geachtet, dass ein Bebauungsplan all diese Kriterien erfüllt aber bei unbestimmten Zielen wie z.B. der Familienfreundlichkeit sei dies deutlich schwieriger. In Aachen hätte man es geschafft, diese Ziele zu operationalisieren, ein Stück weit messbar bzw. bewertbar zu machen und dies solle man auf jeden Fall mitnehmen. Es stelle sich die Frage, wenn private Investoren dies sowieso machen würden, dann bräuchte es die Ansetze nicht und keine Checklisten. Stadtplanung sei ja immer auch ein Ausgleich privater und öffentlicher Interessen und immer auch eine schwierige Verhandlung mit einem Bauträger, der sagt ich möchte da was entwickeln. Wie sei den der Eindruck, in wieweit solche Checklisten und der politische Konsens dabei helfen, bestimmte

öffentliche Interessen im Hinblick auf Familienfreundlichkeit bei privaten Investoren erfolgreich durchzusetzen. Kommt das an oder sagt man eher, das eine ist die Theorie und wenn es bei der Umsetzung um die konkrete Fläche geht, dann kommt die Praxis.

Herr Zohren stellte klar, dass der Kriterienkatalog nicht bei Baugebieten gelten würde, die nach § 34 entwickelt würden. Bei Bebauungen im Zusammenhang bebauter Ortslagen besteht Baurecht. Dies könne durchaus auch ein großes Gebiet sein, was auf einmal entwickelt wird und da könnten die Kriterien nicht angewendet werden, weil dort schon Baurecht bestehen würde. Dies sei denn schade, man würde es gerne machen aber man könne es nicht machen.

Das andere sei natürlich das Interesse eines Investors, von dem teuren Grund und Boden den er gekauft habe, möglichst viel zu entwickeln. Hier möchte er möglichst viel von bebauen und eine hohe Rendite erzielen. Andere Ansprüche wie Freiflächenansprüche oder ökologische Ansprüche seien alles Dinge die politisch ausgehandelt werden und da müsse die Politik bzw. die Stadt die jeweiligen Prioritäten setzen. In Aachen würde man in Zusammenarbeit aller Fachämter eine Liste der wichtigen Dinge (aus Sicht der Verwaltung) machen aber in der Abwägung, was tatsächlich geschieht entscheide letztendlich die Politik.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch bedankte sich für den Vortrag und fragte, ob in Aachen der Jugendhilfeausschuss als Träger öffentlichen Belange in der Planung betrachtet würde.

Herr Zohren gab an, dass dies in Aachen das Jugendamt sei. Wenn also eine Planung gemacht würde, gäbe es einen Verteiler in dem alle Fachämter wie Sozialamt, Wohnungsamt, Jugendamt usw. drin seien und jeder würde beteiligt und könne seine Belange anbringen. Momentan habe man z.B. das Problem nicht genügend Kinderbetreuungsplätze zu haben, vor einiger Zeit habe man Schulen zurückgebaut, jetzt würden wieder Schulen neu gebaut und man habe ständig irgendwelche Infrastrukturbedarfe die immer wieder konkret neu in die Planung eingebracht würden. Und bei all diesen Dingen würden die Fachämter regelmäßig beteiligt, sowohl schriftlich als auch durch einen eigenen Termin, wo der Kollege vom Planungsamt die Planung erläutert und man sich austauschen könne.

Herr Köhler wolle genau das wissen, ob die Sache auch schriftlich an die Ämter gehen würde, genau wie bei anderen "Trägern öffentlicher Belang" auch. Dies würde der Sache einen anderen Charakter geben als wenn man den Kollegen nur nach seiner Meinung fragen würde.

Herr Zohren bestätigte, dass die Ämter umfassend schriftlich informiert bzw. beteiligt würden.

Herr Hatz von der Fraktion DIE LINKE bedankte sich ebenfalls für den Vortrag und fragte nach, ob Herr Zohren der Stadt noch die passenden Ratsbeschlüsse die im Vorfeld gefasst worden sind, zukommen lassen könnte. Er gehe davon aus, dass man in Sankt Augustin ein ähnliches Verfahren, angepasst auf unsere Größenordnung, unterstützen würde, wenn die Möglichkeit dazu bestände. Man könne uns sicher nicht mit Aachen vergleichen aber es stecke in Sankt Augustin noch großes Potential drin.

Vor allen Dingen, wenn man ein solches Verfahren so systematisiert das jeder der da zwischendurch mal einsteigt und sich ein Bild machen will wie denn die Diskussion gelaufen sei usw. das wir hier ein Verfahren haben was systematisch eine familienfreundliche Stadtplanung als Grundlage hat.

Herr Zohren gab an, die die Ratsbeschlüsse nachreichen zu wollen.

Frau Friedhofen vom Kinderschutzbund wollte wissen, wie lange es von der Idee ein solches Verfahren auf den Weg zu bringen, bis zur Umsetzung gedauert habe und ob die Stadt dies ohne Hilfe Dritter geschafft hätte.

Herr Zohren merkte an, dass die Fahne der Familienfreundlichkeit nicht immer steif am Mast stehen würde. Bei Aufbruchprojekten gehe es immer los und es gab mal einen Unterausschuss "Kinderfreundliches Aachen" der aus Vertretern des Kinder- und Jugendausschusses zusammengesetzt war und die Dinge systematisch durchgegangen sei. 1996 gab es dann einen Bundeswettbewerb "kinder- und familienfreundliche Gemeinde" an dem man sich beteiligt habe und auch ausgezeichnet wurde. Seit dem sage man, man sei eine familienfreundliche Stadt.

Dann gab es 2005 eine Aktion, "lokale Bündnisse für Familie", die von der damaligen Familienministerin Renate Schmidt ins Leben gerufen wurde, von der es heute noch über 700 geben würde und man hätte in Aachen auch eins gegründet. Wer ein solches Bündnis gründen wolle, solle mal "Bündnisse für Familie" googeln. Es gibt für die Gründung ganz viel Unterstützung und Support und es wird einem geholfen, etwas auf die Beine zu stellen. Dies sei ein Gremium in dem man solche Gedanken denkt und überlegen würde wo man anfangen solle. Wolle man mit dem Verkehr oder mit dem Einkaufen anfangen oder mit der Kinderbetreuung usw. Es sei quasi ein außerparlamentarisches Gremium, wo man über Parteigrenzen hinweg sprechen könne um solche Dinge nach vorne zu bringen. Zudem sei man sehr wettbewerbsfreundlich und würde gerne an Wettbewerben teilnehmen. Das Audit "Familiengerechte Kommune" hätte man bereits zweimal mitgemacht und man sei kontinuierlich am Ball. Wenn man einmal das Ding "Familienfreundliche Stadt" erstellt habe, und man lasse es dann liegen, würde die Fahne schnell wieder schlaff am Mast hängen. Man müsse immer sehen, dass man Wind erzeugt um Fortschritte zu erzielen.

Frau Jung vom Jugendhilfeausschuss bedankte sich für die Informationen und wies darauf hin, dass man mit der Familien- und Kinderfreundlichkeit ja nicht am Anfang stehen würde und dies in Sankt Augustin schon sehr lange Tradition habe. Die vorgebrachten Ideen seine wegweisend und die Sache mit dem Wind, der immer erzeugt werden müsse, sei schon richtig aber die Verwaltung habe natürlich noch genug anderen Wind um die Ohren und es sei eine große Aufgabe dies alles auf den Weg zu bringen. Frau Jung bedankt sich bei Frau Friedhofen, die Sache angestoßen zu haben und hofft, dass sich dies noch positiv auf das weitere Handeln auswirken wird.

Herr Gleß nahm Bezug auf die letzte Aussage von Frau Jung und merkte an, dass wenn jetzt jemand sagen würde, das sei prima und das wolle man auch haben, dem müsste man sagen, vieles von dem was Vorgetragen wurde mache man hier und da anders, man sei eine kleinere Kommune mit 57.000 Einwohnern und man ginge mit den Dingen etwas anders um. Man sei kleinteiliger aufgestellt und hätte den Vorteil eine

Zuzugsgemeinde zu sein und wenn wir ein neues Baugebiet auflegen, hätte man keine Probleme die Fläche entsprechend voll zu bekommen. Ein Punkt sei die Frage mit dem Umgang mit Investoren. Gerade weil wir Zuzugskommune sind, und mit steigenden Grundstückspreiserwartungen zu tun haben würde es uns leichter gemacht von Verwaltungsseite mit Investoren umzugehen. Auch wenn potentielle Investoren vorhanden sind, würde man sagen, wenn auf dieser Fläche kein Bebauungsplan erstellt wird, der uns passt und wie er dem Rat vorgelegt werden könne, dann gäbe es von Verwaltungsseite eben keinen positiven Beschluss. Die Politik würde dem dann auch nicht folgen. Mit der Erteilung, mit der Erstellung von Planungsrecht habe man gegenüber jedem Investor schon ein ordentliches Pfund in der Hand ihm zu sagen, pass mal auf, du machst entweder dieses oder jenes oder wir lassen es von vornherein bleiben. Dies würde in der Praxis auch ganz gut funktionieren. Es wäre natürlich deutlich besser, wenn die Stadt selbst die entsprechenden Flächen besitzen würde und man von vornherein auf kommunalen Flächen planen könne. Man habe als Verwaltung immer wieder das Problem, man müsse bei den Verhandlungen immer schauen, dass der Investor auch immer noch genug Geld verdient um das Projekt realisieren zu können. Die Gewinnabschöpfung die dort betrieben werden muss müsse man eben nicht berücksichtigen, wenn man selbst Besitzer des Grundstücks ist. Dann wäre automatisch auch mehr Geld zur Verfügung, das tun zu können um dem Gebiet einen Mehrwert zu beschaffen. Das Geld was wir für Grundstückserwerb zur Verfügung haben reicht hinten und vorne nicht aus um irgendwann mal den großen Sprung zu vollziehen um große Flächen zu erwerben um letztendlich dann auch Hüter der städtebaulichen Entwicklung auf dem Grundstück sein zu können. Es sei ein Anliegen mehr in diese Richtung zu marschieren als man das in der Vergangenheit getan hätte. Viele Dinge habe man gegenüber Aachen auch als Vorzug, wir haben nur 57.000 Einwohner und mit 34 Quadratkilometern ein relativ kleine zugeschnittenes Stadtgebiet und habe generell schon die Stadt der kurzen Wege. Wer sich an das Stadtentwicklungskonzept aus 2006 erinnert, der wird feststellen, dass das Anliegen der kurzen Wege schon damals zum Programm gemacht wurde. Die betroffenen Ämter im Haus würden natürlich auch an den Verfahren Dezernatsübergreifend beteiligt. Man wolle jetzt nicht den Eindruck erwecken, man wolle erstmal sagen was alles nicht geht sondern man sei sich einig gewesen, dass es darum geht, Wissen auszutauschen und sich gegenseitig zu befruchten. Und das Thema ob die Grundstücke im städtischen Besitz sind oder nicht, erhöht die Bewegungsmöglichkeiten außerordentlich. Ein Punkt, mit dem man nicht so ganz einhergehen würde, seien die zu erfüllenden Quoten für den sozialen Wohnungsbau. Von derartigen Quoten und zu sagen 30 oder 40 Prozent ist zwingend Wohnungsbau, der unter zur Hilfenahme von öffentlichen Fördergeldern zu betreiben ist, halte man sehr wenig. Hier betrachte man lieber die Gebiete auf Grundlage eines Gesamtkonzeptes und man entscheide lieber von Einzelfall zu Einzelfall, was ist für ein Gebiet zuträglich und Quoten würden da nicht weiterhelfen. Wenn man z.B. ein Gebiet habe, was möglicherweise durch öffentlichen Wohnungsbau bereits geprägt sei, und man dort dann mit einer Quote noch einmal was drauf setzt, sei nicht von Vorteil. Da ist die Einzelfallentscheidung die ins Gesamtkonzept passt die bessere Variante. Das Thema "Spielplatz auf dem Dach" habe ihm gut gefallen und dies sei ein Punkt, den man bisher gar nicht erst gewagt habe mit irgendwelchen Investoren zu besprechen und man müsse sich fragen, warum eigentlich nicht. Platz ist ja nicht beliebig vermehrbar und wenn ich nur 34 Quadratkilometer zur Verfügung habe und demnächst ein Mehrfamilienhausgebiet erstellen möchte, mag es durchaus gelingen derartiges zu

vollziehen. Die Variante sei sehr erhellend. Die Sache mit der Checkliste sei sehr interessant und man müsse sehen, ob es nicht möglich ist, das was wir bereits ohnehin schon tun, noch ein Stückweit zu normieren um uns selber anhand dieser Checkliste immer wieder zu überprüfen, was man getan und noch nicht getan habe bzw. was man aus welchen Gründen auch immer, nicht hat tun können. Zum Thema "Begründung zum Bebauungsplan" müsse man mal überlegen, ob man zukünftig da nicht ein entsprechendes Kapitel "Familienfreundlichkeit" unterbringen könne. Ansonsten sei man eigentlich bereits recht gut aufgestellt und das gegenseitige sich befruchten sei etwas worauf es ankommt und dafür sei er Herr Zohren auch außerordentlich dankbar und man würde sich freuen, wenn man in Kontakt bleibt.

Herr Knülle bedankte sich bei Herr Zohren für die Zusage, noch weiteres Material zur Verfügung zu stellen. Die Äußerungen der Fraktionen hätten deutlich gemacht, dass man sich mit dem Thema noch weiter beschäftigen wird. Die Verwaltung hätte angekündigt sich Gedanken zu machen und evtl. würde man einen gemeinsamen Weg finden, in der Bauleitplanung transparenter deutlich zu machen, was im Bereich "Familienfreundlichkeit" gemacht wird bzw. sich das eine oder andere nochmal genauer anschaut.

Der Ausschussvorsitzende wünschte Herr Zohren eine gute Heimreise und bedankte sich bei den erschienen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.